

1212/J

der Abgeordneten Rosenstingl und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend: Börsegang der Post

Im 'Kurier' vom 19. September 1996 wird der nunmehrige Finanzchef der Post (PTA) mit folgenden Worten zitiert: 'Wir können nicht garantieren, daß wir den Börsegang der PTA bis Ende 1999 .schaffen '. Begründet wird dies im Artikel nicht weiter, es ist aber schon früher bekanntgeworden, daß nach Ansicht des Postvorstandes die Bewältigung des Schuldenberges von über 110 Mrd.S, der aus den FMIG-Krediten (also den in die Post verschobenen Budgetschulden) herrührt, kaum möglich sein wird.

Andererseits wurde seitens des Finanzministers stets jegliche Schuldenübernahme durch den Bund ausgeschlossen - schließlich wurde die ganze PTBG-PTA-Konstruktion ja so gestaltet, um die FMIG-Staatsschulden vor dem Maastricht- Schuldenkriterium von 60% des BIP zu verstecken. Dementsprechend wäre natürlich auch der gesetzlich vorgeschriebene Börsegang praktisch nicht möglich.

Die Aussage von Finanzchef Ditz ist umso bemerkenswerter, als er selbst - beziehungsweise seine Parteifreunde - es waren, die in ihrer Funktion als ÖVP-Verhandler zum Belastungspaket eben diesen Börsegang im Gegenzug für das Zugeständnis gegenüber der SPÖ, der Personalvertretung ein Sondergesetz zuzugestehen, in das Gesetz hineinreklamierten.

Es stellt sich also die Frage, ob der Postvorstand unfähig ist oder mehr oder weniger wissentlich von der Koalitionsmehrheit mit unlösbaren Aufgaben betraut wurde, jedenfalls aber, welche Konsequenzen der Finanzminister als mit dem Vollzug des Poststrukturgesetzes und insbesondere der Wahrnehmung der Eigentümerechte betraute Minister in dieser offensichtlich ausweglosen Situation zu ziehen beabsichtigt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage :

1. Ist Ihnen bekannt, daß der Finanzchef der Post (PTA), Dr.Ditz, in der Öffentlichkeit Zweifel an der Durchführbarkeit des gesetzlichen Auftrages, die Post bis Ende 1999 an die Börse zu bringen, äußert?

2. Genießt ein Vorstand, der gesetzlich festgeschriebene Unternehmensziele in einem Unternehmen, an dem Sie die Eigentümerechte wahrnehmen, öffentlich in Frage stellt, Ihr Vertrauen?

3. Halten Sie das gesetzlich festgeschriebene Unternehmensziel des Börseganges bis Ende

1999 im Hinblick auf die Schuldensituation der Post für erreichbar?

4. Ist es richtig, daß Sie jegliche Entschuldung der Post von den FMIG (=Budget)-Schulden ausschließen?

5. Ist es richtig, daß die Festschreibung des Ziels Börsegang maßgeblich vom damaligen Wirtschaftsminister und nunmehrigen Finanzchef Ditz bzw. der ÖVP gefordert wurde?

6. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um sicherzustellen, daß die Politik des Postvorstandes mit der Gesetzeslage in Hinkunft übereinstimmt?